

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
**Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie**  
 Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 9

Berlin, den 3. März 1923

3. Jahrgang

## Kampf um den höheren Lohnanteil.

Die Wirtschaftskämpfe steigern sich in Deutschland. Der Grund dafür liegt in dem wirtschaftlich schädlichen Verhalten der Unternehmer. Sie bilden sich ein, die Arbeiterschaft sei bis in alle Ewigkeit dazu verdammt, alle Lasten und Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems allein zu tragen, und zwar unter Hunger und Würgen, während die Unternehmer, Aktionäre und sonstigen Nutznießer mit ihrem Anhang fast reißlos ein pomphaftes Leben führen und in Fülle schwelgen.

Die Unternehmer pechen auf ihre Vorrechte und weisen immer wieder auf die Verschwendung hin, die die Arbeiterschaft einnehmen hat. Das geht wieder einmal deutlich aus der Denkschrift hervor, die die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände zur Frühjahrslohnbewegung herausgegeben hat. Die Denkschrift enthält den Hinweis, daß in den Monaten Februar, März, April 247 Tarife für 1.985.000 Arbeiter und Arbeiterinnen abliefen.

Selbstverständlich ist, daß in dem Schreiben der Arbeitgeber auch die veralteten Wirtschaftsauffassungen vorgebracht werden, wie sie im deutschen Unternehmertum und bei ihren Vertretern vorherrschen. Dabei werden Anzeichen in den Vordergrund gehoben, die von wirtschaftlich fortschrittlicheren Ländern längst schon als Irrtum erkannt sind.

Sehr großes Gewicht legt die Denkschrift auf den in Deutschland herrschenden Kapitalmangel und auf die Bildung von Eigenkapital in beschleunigtem Tempo. Dazu werden Gründe angegeben, wie sie: das ist festzustellen der Kernpunkt. Der Gewinn laßt aber nur von den Arbeitern und Arbeiterinnen herangezogen werden, weil nur ihre Tätigkeit Mehrwert bringt. Die deutschen Unternehmer erheben also auf Kosten der Arbeiterschaft, der ja die Grundlage zur Bildung von Eigenkapital von ihrem Lohn vorantreiben werden, eine Stärkung ihrer Macht in der Wirtschaft. Gegenüber sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln wehren, wenn es nicht unbedingt Eigenkapital, buchstäblich heranzubringen aus den Knochen der arbeitenden Massen, zur Finanzierung der Wirtschaft notwendig. Wenn den Unternehmern an der Bildung von Eigenkapital gelegen ist, so mögen sie mit ihrem Anhang einmal drei bis fünf Jahre so einfach leben wie die Arbeiterschaft, mögen sie also zum Wohle des Vaterlandes, wie sie immer betonen, sparen, daß ihnen die Schwärze kratzt, und Vorbild sein, dagegen kann niemand etwas einwenden; aber die Arbeiterschaft mögen sie aus dem viele lassen bei der beschleunigten Bildung von Eigenkapital, solange sie nicht sichtbar mit gutem Beispiel zwanzig Meilen fränkchen.

Die Arbeiterschaft verlangt den ihre vollen Anteil, einmal, weil sie mit ihrem Angehörigen tatsächlich hungert, und zwei, weil es dringend notwendig für die Ausnützung der Produktionsstätten ist als das dadurch im beschleunigten Tempo gebildet Eigenkapital.

Daß die Arbeitgeber in ihrer Schrift auch wieder auf die Anforderungen des Steuerwesens an die Wirtschaft und auf die Aufwendungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung hinweisen, war vorauszusetzen. Sie geben dabei auch die Reichseinnahmen an, und zwar für 1914 mit 40.9 Millionen Reichsmark und für 1922/23 mit 101 Millionen Reichsmark, aber sie sagen nicht dazu, daß in letzter Summe wohl rund 1000 Millionen Reichsmark Löhner und mehrere hundert Millionen Reichsmark indirekte Steuern entfallen sind, die nur letzten Endes von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden. Die Aufwendungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung hätten sich verdoppelt, und zwar von 254 Millionen Reichsmark Jahre 1913 auf schätzungsweise 4800 Millionen Reichsmark Jahre 1922. Dazu trägt aber auch die Arbeiterschaft reichlich Teil von ihrem knappen Lohn bei. Wenn sie schon gleichen, die Herren von der Geeseite, so mögen sie doch bedenken, daß das große Land ohne Sozialversicherung, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, private Versicherungen hat, und außerdem einen drei- bis vierfach höheren Reallohn hat. Dabei bleibt die amerikanische Wirtschaft noch konkurrenzfähig. In diesem Vergleich gemessen, ist die deutsche Arbeiterschaft mit der gesteigerten Soziallast und dem hohen Lohnbruch immer noch Miesensummen.

Weiter wird die Behauptung aufgestellt, durch die ständige Verkürzung der Arbeitszeit — damit meinen sie die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich — werde die für unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr beachtliche Beschränkung in der Ausnutzung der Produktionsmittel erzwingen. Diese Begründung ist falsch. In allen Industrie- und Handwerkskreisen, auch in der Landwirtschaft, läßt es sich bisher doch so, daß die Produkte zum nicht abgesetzt werden konnten, weil die Kaufkraft nicht vorhanden war, daß also deshalb die Produktionsmittel nicht ausgenutzt werden können, weil der Absatz fehlt. Nun soll die Verkürzung der Arbeitszeit die Ursache mit sein. Das versteht, wer weiß. Wenn das wahr wäre, wie würde es da den Vereinigten Staaten Amerika gehen, die neben mehrfach höheren Löhnen mit ihren anderen Völkern in Wettbewerb treten und zur fünfjährigen Woche, zur 42-Stundenwoche, kommen, also ihre Arbeitszeit verkürzen? Hier folgen die Tatsachen den fadenbüchlichen Behauptungen der Arbeitgeber ins Gesicht. Es gehört viel dazu, die Öffentlichkeit immer wieder mit unwahren Behauptungen und falschgesetzten Schüssen beunruhigen und täuschen zu wollen. Die Arbeitgeber erlauben sich die Kühnheit in ihrer Schrift auf die gesteigerten Tariflöhne hinzuweisen zum Ausdruck zu bringen, damit habe die Arbeiterschaft ihren Anteil am Aufstieg der Wirtschaft erhalten. Sie meinen allerdings dabei zu sagen, wie niedrig der Reallohn in Deutschland, trotz Steigen des Lohnes, geblieben ist. Es kommt nicht auf die Höhe des Lohnes, sondern auf seine Kaufkraft an, und da muß man schon sagen, daß die nicht geliegen ist. Die fehlende Kaufkraft des Lohnes will sich ja die Arbeiterschaft erkaufen, muß sie sich erkämpfen, weil sie notwendig ist. Verantwortlich steht es doch so, daß über eine Million Arbeiter Erwerb fand, daß Hunderttausende von der Wohlhabend-

## Änderung des Betriebsrätegesetzes.

Am 26. Februar 1927 gelangten im Reichstage Entschlüsse der sozialdemokratischen, demokratischen und kommunistischen Fraktion zur Annahme, die bezweckten, dem Betriebsrat als Vertretung der Arbeiter und Angestellten nun ungehindert tätig werden zu lassen, und die tätigen Mitglieder vor Nachteilen, veranlaßt durch die Unternehmer, zu schützen.

Diese Entschlüsse wurden neben anderen Anträgen zu der gleichen Angelegenheit dem Sozialpolitischen Ausschuss übergeben. Der hat sie zum Ende des Vorjahres und im Anfang dieses Jahres behandelt. Das Ergebnis war eine Gesetzesvorlage, die am 17. Februar zur Verabschiedung kam.

Nach § 1 besteht der Zweck des Betriebsrätegesetzes in Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) dem Arbeitgeber gegenüber, und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke. Sie sollen errichtet werden in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen.

Seit Jahren ist die Beobachtung zu machen, daß die Unternehmer bestrebt waren, die Tätigkeit der Betriebsräte nach Möglichkeit zu sabotieren. Wer sich von den Arbeitern für die Bildung eines Betriebsrates einsetzte, war nicht gesichert gegen Schädigung in seinem Arbeitsverhältnis. Je nachdem erfolgte Verletzung an einem anderen Arbeitsplatz, oder der Versuch des Sinausbruchs aus dem Betriebe. Die Angst des Arbeitnehmers und die wirtschaftliche Übermacht des Unternehmers begünstigte dieses Streben. Es kam weiter hinzu: mangelnde Anteilnahme der Arbeiter an der Organisation, mangelnder Eifer der Kollegen, ihre Rechte als Betriebsräte zu wahren unter Anspruchsnahme der Reichsvertretung, die das Gesetz immerhin, wenn auch nicht völlig ausreichend, enthielt. Das alles trug dazu bei, daß die Unternehmer in diesem Kampfe Erfolge buchen konnten.

Das letztere zu verhindern, mindestens stark einzuschränken, sollte der Zweck der Gesetzesänderung sein, zu dem der Anstoß vor fast einem Jahre gegeben worden ist, und die nun zur Verabschiedung kam. Die sozialdemokratischen Entwürfe zum Schutze des Betriebsrätegesetzes der Arbeiter gingen weiter. Sie sind nur zum Teil in Beratung genommen worden. Der Rest ist einer späteren Gesetzgebung vorbehalten. Hoffentlich unter einem Reichstag, der eine Machtverteilung zugunsten der Arbeiter darstellt.

Nun lassen wir das Gesetz im Wortlaute folgen, wie es am 17. Februar zur Annahme gelangte. Die Änderungen sind am dem Sperrdruck zu erkennen.

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betriebsrätegesetzes.**

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

**Artikel 1.**

§ 23 des Betriebsrätegesetzes erhält folgende Fassung:

Der Betriebsrat hat spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit mit einfacher Stimmenmehrheit einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Dabei sollen in der Wahlberechtigung nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Kommt der Betriebsrat seiner Verpflichtung nicht nach, so hat der Arbeitgeber innerhalb vier Wochen einen aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen, in dem in Betrieben mit Arbeitern und Angestellten beide Gruppen vertreten sein müssen. Der Wahlvorstand bestimmt seinen Vorsitzenden selbst.

Kommt der Arbeitgeber seiner Verpflichtung aus Absatz 2 nicht nach, so besteht auf Antrag eines oder mehrerer wahlberechtigter Arbeitnehmer oder auf Antrag einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer der Vorsitzende des Arbeitsgerichts einen Wahlvorstand aus den wahlberechtigten Arbeitnehmern. Au-

tragsberechtigt ist auch der Gewerbeaufsichtsbeamte, sofern der Betrieb nicht der Gewerbeaufsicht unterliegt, die von der obersten Landesbehörde bestimmte Behörde.

Die Vorschriften der Absätze 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein Betrieb neu errichtet wird oder wenn die für die Errichtung eines Betriebsrats vorgeschriebene Mindestzahl von Arbeitnehmern erreicht wird. Die Wahl ist durch den Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Bestellung einzuleiten und soll spätestens nach sechs Wochen stattfinden. Kommt der Wahlvorstand seiner Verpflichtung nicht nach, so erlegt ihn der Vorsitzende des Arbeitsgerichts auf Antrag eines der nach Absatz 3 Antragsberechtigten durch einen neuen Wahlvorstand.

**Artikel 2.**

§ 25 des Betriebsrätegesetzes erhält folgende Fassung:

Der Arbeitgeber und seinen Vertretern ist untersagt, ihre Arbeitnehmer in der Ausübung der Rechte aus diesem Gesetz ergebenden Rechte zu beschränken oder sie deswegen zu benachteiligen.

**Artikel 3.**

In Absatz 5 des § 29 ist nach dem ersten Satz einzufügen:

Ist eine Betriebsvertretung nicht vorhanden, so ist der Gewerbeaufsichtsbeamte oder, sofern der Betrieb der Gewerbeaufsicht nicht unterliegt, die von der obersten Landesbehörde bestimmte Behörde antragsberechtigt.

Die erste Änderung, die einen Eintrag der Minderheit bezweckt, ist von dem Mitglied der Bayerischen Volkspartei, dem Abgeordneten Schwarz, beantragt. Es ist un schwer zu erwarten, daß als Schützer die christlichen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften gemeint sind. Regel ist, daß mit diesen ohnehin gemeinsam in solchen Fragen gewirkt wird.

Der Antrag, der den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer das Antragsrecht gibt, ist von den sozialdemokratischen Mitgliedern im Verlaufe der Verhandlungen gestellt worden. Er wurde von den Sachwaltern der Unternehmer, vor allem Herrn Dr. Mademacher, noch im Meinum bekämpft. Sein Antrag auf Streichung wird aber in wesentlicher Abstimmung mit 243 gegen 120 Stimmen, bei drei Enthaltungen, abgelehnt. Ein Antrag zum Schutze der „Gelben“ auf Einschaltung der Worte: „in Betrieben vertretenen“ wurde mit 247 gegen 138 Stimmen, bei drei Enthaltungen, abgelehnt.

Bestimmte Väter heider Anträge waren Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei: Dr. Mademacher, Direktor der Deutschen Erdölgesellschaft bei der Oberbergdirektion Vorna; Domich, Gutbesitzer in Großbrennsdorf; von Dröbner, Geh. Berregierungsrat; Geh. Generaldirektor der Werke von Hohn & Hohn, Hamburg; Dang, Weinbrenner in Neulohron; Dr. Heider, Syndikus Industrieller Verbände, Berlin.

Zu der Ausschussberatung hatte der Kommunist Nadel den Entwurf als Fortsetzung der Sabotierung des Gesetzes, ja als Gesetzesabbau bezeichnet, um danach anzuerkennen, daß es eine Verbesserung sei, der seine Freunde zustimmen würden. So stimmten die Kommunisten im Hinblick darauf, im Meinum dagegen.

Der Ausschuss hat ferner beschlossen:

Die Regierung zu ersuchen, auf Grund der bisher in der Praxis und Rechtsprechung hervorgetretenen Mängel und Erfahrungen eine Novelle (Ergänzungsgesetz) zum Betriebsrätegesetz vorzulegen, und dabei die Nachteile und Entschleunigungen (Dr. 1516, 1937, 2774, 2806, 3049 als Material zu verwenden, soweit sie nicht durch das vorliegende Gesetz erledigt sind.

Auch diese Entschlüsse gelangte zur Annahme. In den Antragszusätzen sind eine Reihe sozialdemokratischer Anregungen enthalten.

Aug. Vren.

fürsorge durchgeschleppt werden müssen. Diese Arbeitslosen mit ihren Angehörigen leiden alle Hunger und Not. Den noch Arbeitenden geht es zum Teil nicht besser. Das kennzeichnen die Untersuchungen der Schulbücher in Städten und Dörfern. Dabei haben die Ärzte, manche schließlich gegen ihren Willen, festgestellt müssen, daß 40-60 und mehr Prozent der Volkshüter unterernährt sind und mit voraus entstehenden Krankheitserscheinungen behaftet sind. Diese bösen Hungerfolgen sind, trotz des gesteigerten Anteils der Arbeiterschaft am Aufstieg der Wirtschaft. Sie strafen die angeblich richtigen Feststellungen der Arbeitgeber Krän.

Die Wirklichkeit sieht also ganz anders aus. Und die ist es auch, die die Arbeiterschaft zwingt, sich einen höheren Anteil herauszuholen, wenn nicht anders möglich, dann durch wochenlangen Kampf mittels Streik, Demonstrationen und ähnlichen Notwendigkeiten. Die Arbeitgeber und die ihnen wirtschaftlichen Kreise müssen darüber aetern, wegen dieses Verlangens als schändlichen Materialismus, als die Grüt nach Geld beizugehen, sie werden dadurch die Arbeiterschaft nicht abhalten können, ihr eigenes Recht zu fordern und zu erkämpfen, weil Menschenwürde ihnen gebietet. Die Verantwortung für sich und die Familie drängt zu den Forderungen, die die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft vertreten.

Weil aber auch die Dinge so stehen, daß die Arbeitgeber bei gewissenhafter Pflichterfüllung als Wirtschaftler der Arbeiterschaft größere Rechte, einen breiteren Einfluß und einen höheren Anteil am Produkt einräumen können, ohne etwas zu verlieren, deshalb drängen die Gewerkschaften mit aller Kraft auf eine Milderung und Besserung zugunsten der Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, die Reichsumquellen der Produktion zum Nutzen zu bringen, wögen sie handeln. Im Sinne ihrer Denkschrift kann es jedoch nicht gelingen.

Arth Tarnow schreibt in seinem lesenswerten Buch „Müssen wir arm sein?“, „Lohnrückfragen und die dadurch bewirkten Verbrauchssteigerungen wirken produktiv und tragen damit in sich selbst die Mittel zu ihrer Beiriedigung. Wir beantworten also die Frage, ob wir arm sein müssen, mit einem entgegengesetzten Nein. Angehts des vorhandenen leeren Raumes zwischen Produktionskapazität und wirtschaftlicher Produktion, angesichts der Tatsache, daß auch die Produktionskapazität auf allen wichtigen Gebieten der Gütererzeugung schon nach dem heutigen Stand der arbeitsteilwissenschaftlichen Ergebnisse noch unübersehbar ausgedehnt werden könnte, ist Armut kein ökonomisches Nö, sondern eine soziale Krankheit, deren Heilbarkeit auch schon im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft außer Zweifel steht.“

Die Arbeiterschaft ist gewillt, die soziale Krankheit, die auch den Arbeitgebern Kränklichkeit macht, mit zu heilen. Mögen die Arbeitgeber nicht zurückweichen. Welchen sie nicht dazu, was brauchen sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiterschaft ihre eigenen Wege geht und den Kampf um den höheren Lohnanteil und damit um die Verwärtsentwicklung der Wirtschaft gegen die Arbeitgeber führt.

**Metallkonflikt in Mitteldeutschland beendet.**

In Mitteldeutschland hatten die Metallindustriellen 50.000 Arbeiter und Arbeiterinnen angepörrt, und die Ausscherrung der Metallarbeiter für Deutschland war von der Industriellenorganisation zum 22. März angekündigt. Diesen Zustand kündete das Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Großdifferenzen. Es gab vor im öffentlichen Interesse zu handeln.

Als amtlicher Schlichter wurde Herr Ministerialrat Dr. Kaufhold, Weimar, mit dem Fall betraut. Er hätte einen





Dinge so zu beeinflussen, wie es im Interesse der Arbeiter liegt. Haben wir dies erkannt, so müssen wir aber auch daraus lernen, was notwendig ist.

Wahrer Einfluss im Staat — in der Wirtschaft und auch im Betrieb — muß unsere Parole sein. Dieses Ziel können wir aber nur erreichen, durch eine kompakte Masse, durch die Organisation der gesamten deutschen Arbeiterkraft in ihren Organisationen und der Forderung im „Kampf um den Bund“.

Die anschließende Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Gerade, was die Kollegen selber erlebt haben, ist äußerst wichtig. Sachlichkeit, Offenherzigkeit und Ehrlichkeit gegeneinander durchdringen die Aussprache. Als die Zeit zu weit vorschritt und die Redezeit zu lang wurde, wurde sie durch einstimmigen Beschluß der Versammlung geschlossen.

Die anschließende Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft. Gerade, was die Kollegen selber erlebt haben, ist äußerst wichtig. Sachlichkeit, Offenherzigkeit und Ehrlichkeit gegeneinander durchdringen die Aussprache. Als die Zeit zu weit vorschritt und die Redezeit zu lang wurde, wurde sie durch einstimmigen Beschluß der Versammlung geschlossen.

Mit einem begeisterten Hoch konnte der Vorsitzende, Kollege Fottbajt, die machtvolle Tagung der lippschen Ziegler schließen.

Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

- 1. Die am 11. Februar in Lemgo tagende Landeskonferenz der lippschen Ziegler erkennt mit Sorge, daß eine Einschränkung der Bautätigkeit im Sommer 1928 wahrscheinlich ist. Das sind angesichts der mehr als eine Million fehlenden Wohnungen und der vorhandenen Arbeitlosigkeit unverantwortliche Maßnahmen der zuständigen Reichsstellen.

Die Landeskonferenz ruft allen lippschen Ziegler zu dem Zweck an: Gucia in die Zieglerberufsorganisation, den „Keramischen Bund“!

Von seiten des deutschen und auch des lippschen Landbundes wird in letzter Zeit in sehr scharfer Form in Versammlungen und in der Presse Propaganda gemacht für eine Unterdrückung der Landwirtschaft aus Reichsmitteln, also aus allgemeinen Steuern.

Wir werden die Behauptung, daß infolge der Erwerbslosenvermehrung die Arbeiter vom Lande in die Industrie abwandern, ganz entschieden zurückweisen. Die wirkliche Ursache, warum die Arbeiter in der Landwirtschaft nicht arbeiten wollen, ist in der niedrigen Entlohnung zu suchen.

### Zieglerkonferenz in Götrow.

Am 19. Februar 1928 tagte in Götrow in Mecklenburg eine Zieglerkonferenz. Anwesend waren 28 Vertreter aus 16 Orten. Vom Bundesvorstand war der Vorsitzende Reichert erschienen. Die Leitung war durch die Kollegen Lütke, Hoff, und H. Wiesenhütter, gestellt.

Als 1. Punkt stand an der Tagesordnung die Besprechung der Zieglerkonferenz in Götrow. Der Vorsitzende Reichert berichtete über die Verhandlungen in Götrow. Er erwähnte die Besprechung der Zieglerkonferenz in Götrow, die am 19. Februar 1928 stattfand. Er erwähnte die Besprechung der Zieglerkonferenz in Götrow, die am 19. Februar 1928 stattfand.

Orten ja auch schon zugegangen waren. Als Lohnforderung ist 15 Pf. pro Stunde gestellt worden. Unserer Kündigung des Tarifvertrages ist der Arbeitgeberverband zuvorgekommen. Er hat seinerseits am 27. Januar 1928 gekündigt. Seine Abänderungsvorschläge hat er jedoch, trotz Aufforderung, noch nicht eingereicht.

Die zur Neugestaltung des Mantel- sowie Lohnvertrages eingegangenen Anträge wurden nach lebhafter Aussprache auf Antrag der neuwählenden Tarifkommission überwiesen. In die Tarifkommission, deren Neuwahl als 3. Punkt auf der Tagesordnung stand, wurden die Kollegen Gählsdorf, Wismar, Schumpler, Schwerin, Marisch, Waren, und als Vertreter Kachow, Wemigen, gewählt.

### Abrechnung der Hauptkasse III. Quartal 1927.

Table with columns: Einahme, Ausgabe, and Summa. It lists various financial transactions for the 3rd quarter of 1927, including contributions, expenses for printing, and other organizational costs.

Hannover, den 17. Februar 1928  
Erst Vorsitzender, Sekretär  
Carl Köhler, I. Kassierer, August Kiemeyer, II. Kassierer.  
E. Gremmel, R. Stolle, Revisoren.

### Wissenswertes in aller Kürze.

4302 000 Haushaltungen in Deutschland hatten im Jahre 1925 nur 452 000 zur Verfügung. Das bedingt, daß in 18 714 insgesamt 56 762 Haushaltungen hinfällig; es kamen also auf eine Wohnung drei und mehr Haushaltungen.

Das Washingtoner Abkommen ratifizierte die luxemburgische Kammer in einer Beschlussempfehlung. Das ist ein Zeichen, daß das Abkommen keine Revision nach rückwärts bedarf, wie es die englische Regierung in Genf verlangte.

Die größte Buchproduktion hat Deutschland. In Deutschland werden nicht weniger als 30 000 Bücher im Jahr auf den Markt gebracht.

Reichsminister a. D. Dr. Birk wurde in seinem bisherigen Bezirk in Baden nicht mehr als Reichstagsabgeordneter aufgestellt. Dr. Birk gehört dem Zentrum an.

Genüchel & Sohn G. m. b. H. in Haffel, die größte Porzellanfabrik in Deutschland, lieferte kürzlich ihre 21 000. Porzellanplatte.

Der Phonograph, der Stimmfänger, wurde vor 50 Jahren von dem amerikanischen Erfinder Edison, dem „Gäuberer von Menlopark“, erfunden.

Zum Neujahr, dem Haupttag des Karnevalstreibens in Köln, waren 130 000 Fremde nach Köln gekommen.

Der Provinz Ostpreußen gingen in den letzten sieben Jahren 158 000 Menschen durch Abwanderung verloren. Angesehene haben sich in der Zeit 35 000. Was müssen für schmerzliche Arbeitsverhältnisse dort bestehen, wenn die Menschen ihre Heimat verlassen?

Das japanische Parlament wurde kürzlich nach einem neuen Wahlrecht gewählt. Den proletarischen Parteien gelang daraufhin zum erstenmal mit sechs Abgeordneten vertreten sein.

Der deutschen Industrie war es trotz Dividendenabgaben für das Jahr 1927 noch möglich, für 300 Millionen Dollars Auslandsanleihen zurückzukaufen. Da heißt es immer, die Industrie verdiene nichts.

Das beschlagene gewesene deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten Amerikas ist nun wieder freigegeben worden. 700 Millionen Reichsmark soll es wert sein. Das Geld wird jedoch nicht auf einmal ausgezahlt und in deutsche Hände fließen. Die ehemaligen deutschen Bürgern bekommen, soweit sie drüber Eigentum hatten, nichts dafür vergütet.

### Literarisches.

„Internationale Kulturliga.“ Das unüberschaubare Bestreben auf allen Gebieten des menschlichen Denkens und der menschlichen Arbeit internationaler Verständigung bringt es mit sich, den interessierten Kreisen ein wohl möglichst genaue Übersicht der wichtigsten Geschehnisse zu bieten. Die reiche Fülle von verschiedenartigem Material erfordert drückend eine praktische Einteilung des bearbeiteten Materials, um von vornherein eine Desorientierung vorzubeugen.

Soeben erschien der dritte Band dieser Revue, welche gleichzeitig den Namen „Internationale Kulturliga“ trägt und nachstehend Beilagen enthält: Internationale Tagungen, Religionsbewegung, Indentum, Christentum, Islam, Staatsorganisationen, Menschheitsdokumente, Weltwirtschaft, Sozialpolitik, Arbeitszeit, Betriebsanfälle, Gesundheitswesen, Wohnungen, Genossenschaftswesen, Privatniederlassungen, Pässe und Visa, Touristik, Theater, Erziehung, Internationale Schulen, Presse, Das Buch, Esperanto, Die Jugend, Studenten der Handel, Seide, Zölle, Finanzen, Indizes, Eisenbahnen und Auswanderung.

Arzberg. Den Mitgliedern dient zur Erinnerung, daß von jetzt ab die Abgabe von Büchern aus der Bibliothekbibliothek auf Sonntag von 10-12 Uhr durch den Kollegen Kattner (Konting.) erfolgt.

Alle dienenden Mitglieder, die noch alte, verfallene Mitgliedsbücher in Händen haben, wollen diese an die Kassaführer abgeben. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß Unterstützung nur an Samstagen von 2-4 Uhr nachmittags ausbezahlt wird.

### Arbeitsmarkt.

Waler, Spezialist für Blauschmelzwerke mit Goldbefassung, zum baldmöglichsten Eintritt gesucht. Verfallene Mitgliedsbücher in Händen haben, wollen diese an die Kassaführer abgeben.

Wir suchen für unsere Porzellanmalerei einen tüchtigen, unabhängigen Schmelzer, möglichst unverheiratet. Bedingung ist langjährige Erfahrung in der Schmelzerei. Kritische, Braun, G. m. b. H., Großbothen.

Perfekte Porzellanreiner, die auf Hochspannungsarbeiten bereits gearbeitet haben, zum sofortigen Eintritt gesucht. Porzellanfabrik Teltow, G. m. b. H., Teltow b. Berlin.

Zwei ledige Schreibschleifergehilfen können sich melden bei Oskar Schön, Schreibverhau in Kiehlb., Weichbachl.

Wir suchen sofort eine geübte Kunstdruckerin für Konten- und Zweifeldruck. Günstige Angebote erbiten Porzellan-Manufaktur J. J. J. & Braun, G. m. b. H., Großbothen.

Ein lediger Mohlschleifergehilfe, der schon selbstständig arbeiten kann, findet dauernde Beschäftigung und Lohn sofort ein-treten bei Peter H. W. in Röhrenbach, Oberpfalz.

Ein tüchtiger Porzellanreiner findet dauernde Beschäftigung bei Meißner, K. A. S., Chemnitz, Oberpfalz.

Jüngerer Porzellanreiner sucht Stellung als Musterreiner oder Zeichner. Angebote unter „F. 116“ sind an den Verlag dieser Zeitung zu richten.

Ein tüchtiger Generalarbeiter sucht Stellung für sofort oder später. Arbeitsangebote sind zu richten an den Arbeits-nachweis, Michael Andorfer, Glasmacher in Walsleben, Bahnhofsstr. 5.

Stahlglasschleifer, tüchtiger Einbohrer, firm im Sprengen auf Stein und Maschine, verheiratet, sucht für baldigen Arbeit. Wohnung Bedingung. Angebote an den Arbeitsnachweis für die Glasindustrie, Weichwasser (D. L.), Mühlentstraße 6.

Tüchtiger Porzellanreiner, firm in der Geschirrbauerei, bewandert im Wenden, Stempeln, Staffieren, Leichten, Sandmalerei, Einrichten und sonstigen vornehmenden Arbeiten, sucht Stellung. Angebote ersucht unter „F. 115“ an den Keramischen Bund.

Perfekte Mohlschleifer, 21 Jahre alt, sucht Stellung in oberpfälzischer oder oberbayerischer Porzellanfabrik. Offerten an die Redaktion des „Keramischen Bundes“ erbeten unter „F. 114“.

Arbeitsnachweis ein junger Gehilfe auf Schirme. Angebote an Max Kromer, Chemnitz, Chemnitz II, erbeten. Ein tüchtiger Friseur sucht für baldigen Arbeit für baldige Stelle. Angebote sind zu richten an Richard Schardt, Großbothen, Chemnitz, Chemnitz.

Zwei tüchtige Porzellanreiner, auf Reiner und Salats eingearbeitet, sowie an Holz- und sonstiges Arbeiten gewöhnt, suchen Dauerstellung. Arbeitsangebote an Georg Bauer, Walsleben, Lameröder 3. Tüchtiger Glasmacher auf angetriebene und ausgeschliffene Sachen und Senkzeuge in Kristall sowie Überlagerung sucht für sofortige Stellung. Angebote sind zu richten an den Arbeitsnachweis in Reitz, Arthur Reitzel, Reitz (D. L.), Drenower Dorfstr. 2. Verlag: Albin Carl, Charlottenburg, Preßstr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Kiewainger, Charlottenburg, Preßstr. 2-5. Druck: E. Kiewainger, Berlin S. O. 26, Götterstr. 28/29.